

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Erheblich wöchentlich 100 M. Abonnementspreis durch die Post bezogen
vierteljährlich 1.20 M. Einzelheftpreis die Ugehalt. 10 Pfennige, eine für Arbeits-
reliefe 75 Pf. Geldlohn- und Erlössteuer 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Verlagsstelle: Duisburg, Sattelhof 17. Fernruf 236-07
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Verlagsstelle zu richten.

Nummer 10

Duisburg, den 6. März 1920

21. Jahrgang

Metallarbeiter! Metallarbeiterin! Alle Mann an Bord bei den Betriebsratswahlen!

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

Von Prof. Dr. Wjgodzinski (Wom).

Die schwierige Wirtschaftslage der Gegenwart auf eine bestimmte Ursache zurückzuführen ist nicht möglich; eine Summe von Umständen mußte zusammenkommen, um unseren jetzigen tiefen Fall zu bewirken. Es ist das unfruchtbarste Geschäft, hier wie anderswo in großen weltgeschichtlichen Geschehnissen, nach dem „Schuldigen“ zu suchen. Es ist Schicksal, das uns alle, die ganze Welt, zu diesem Ziele getrieben hat. Will man denn durchaus einen Schuldigen haben, so frage man sich selbst, ob man nicht irgendwo, wenn auch völlig unbewußt und ohne jede Absicht, seinen Anteil daran auf sich zu nehmen hat. Nicht nur Handlungen, auch Gedanken und Gefühle können schon in diesem Sinne Teilhaber jener großen Schuld sein; ja vielleicht ist die Gedankenschuld größer als jede andere. Ich denke dabei in erster Linie an jenen Geist des Hasses, der Abneigung, des Kampfes, der für die Wirtschaftsentwicklung des letzten halben Jahrhunderts kennzeichnend ist. Volk gegen Volk, Klasse gegen Klasse, Beruf gegen Beruf, Mann gegen Mann, jeder sah im anderen nicht den Teilnehmer am Werk, sondern den Konkurrenten, den Gegner. Das ganze Mittelalter stand in seiner Wirtschaftsführung unter dem Gedanken der „Nahrung“. Das heißt: jeder einzelne sollte sein ordentliches Auskommen, seine Nahrung haben; aber bei anderer Arbeit leben. Der Jungmeister wies Arbeit ab, demütigt der bedrückte Bruder auch etwas zu tun habe. Unsere Zeit aber stand unter dem Zeichen des Wettbewerbs; es doch nicht der Weltkrieg in letzter Linie nichts anderes, als ein gigantischer Kampf um die Futtertruppe.

Die Bedeutung des Kampfes für den wirtschaftlichen Fortschritt soll keineswegs verkannt werden; in den Grenzen der Moral, des Anstands, der Mäßigkeit ist der Kampf, die Konkurrenz der mächtigste Hebel jedes Wirtschaftsfortschrittes. Aber eben nur innerhalb dieser Grenzen; geht er darüber hinaus, sieht er im Konkurrenten den Feind, so wird er das größte Gemüts jeder Entfaltung.

Wollen wir von Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft uns ein Bild machen, so müssen wir von den eben entwickelten allgemeinen Gedanken ausgehen. Noch jetzt es so an, als ob vor uns nur ein ungeheures, unübersehbares Schlachtfeld läge. Der deutsche Arbeiter steht gegen den deutschen Unternehmer; der deutsche Landwirt gegen den deutschen Händler, der Händler gegen den Industriellen; und ach, gegen Deutschland und Deutschlands Wirtschaft steht die ganze Welt. Die Entenmächtige haben uns einen Friedensvertrag auferlegt, der im Grunde nichts anderes ist, als die dauernde Wirtschaftsabhängigkeit, und die neutralen Mächte suchen aus „Deutschlands Ausverkauf“ sich nach Möglichkeit zu bereichern. Geht dies so weiter, dann wäre in der Tat die ganze Zukunft nichts anderes als schwarzes Elend. Aber vielleicht sind doch hier und da schon Anzeichen vorhanden, vielleicht spricht die Logik der Tatsachen. Stärker als die der Gefühle, doch dafür, daß einmal eine Aenderung eintreten wird.

Vielleicht das erfreulichste und hoffnungsvollste Ereignis der letzten Zeit ist der Entschluß der Bergleute, zunächst auf einige Zeit, wieder Uebersehliche zu verfahren. Welche Bedeutung die Gebung der Kohlenaubende für unsere gesamte Volkswirtschaft, wie auch für unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage hat, das ist so oft auseinandergesetzt worden, daß es weiterer Ausführungen in dieser Richtung nicht bedarf. Auf etwas anderes aber ist hinzuweisen. Die Bergleute haben immer, wegen der besonderen Anstrengung und Gefahr, die ihr schwerer Beruf mit sich bringt, das Privilegium für sich beansprucht, kürzere Zeit zu arbeiten, als die Arbeiter anderer Berufe. Wenn sie nun freiwillig darauf verzichtet haben, so ist das ein Beweis der Selbstüberwindung, der ihnen hoch anzurechnen werden sollte. Es ist ja so und keine Ueberredungslust der Welt kann an dieser einfachen Tatsache rütteln, daß der tiefste Grund unseres Elends nur in dem Mißverhältnis zwischen Gütern und Nachfrage besteht. Der Krieg hat so viel Stoffe verbraucht, hat die Arbeitskraft so vieler Millionen kräftiger Männer durch Jahre lahmgelegt, die politischen Wirren des letzten Jahres haben so sehr im gleichen Sinne einer Produktionsverminderung gewirkt, daß eben eine ungeheure und jetzt überaus fühlbare Lücke in dem Gütervorrat der Welt eingetreten ist. Das einfache Gesetz von Angebot und Nachfrage macht sich geltend; die ausgehungerte Menschheit begehrt Nahrungsmittel, Rohstoffe, Kleidung, Wohnung, Verbrauchsgüter aller Art, und es ist nichts davon da; es ist aufgebraucht. Ist einmal der Gütervorrat der Welt wieder vermehrt — ob er in absehbarer Zeit auf die alte Höhe gebracht werden kann, möge dahin gestillt bleiben; — so wird eine Senkung der Preise eintreten können, die wirklich von der breiten Masse als eine fühlbare Erleichterung begrüßt werden kann. Damit wird die Verschlebung des Geldwertes

sowohl innerhalb des Reiches wie nach außen (Wahlfahrt) ein Ende haben und die umgekehrte Entwicklung eintreten. Bis dahin ist freilich noch ein weiter Weg, aber es ist doch ein Weg und zwar der einzige. Nicht scharf genug kann das gesagt werden: jeder, der etwas anderes behauptet, der ein anderes Mittel der Rettung aus unserer Not angibt als die Arbeit, ist ein Charlatan oder ein Betrüger.

Damit aber die Arbeit fruchtbar wird, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt werden: es muß der innere und der äußere Friede wieder hergestellt sein. Der innere Friede, das ist einmal der Ausgleich zwischen den Ständen, Stadt und Land dürfen nicht mehr in Waffen gegeneinander stehen; sie müssen wissen, daß sie auf einander angewiesen sind, daß ihre Interessen das Gleiche ist. Dasselbe gilt von dem Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaft ist zugleich eine Schicksalsgemeinschaft; beide sind in gleicher Weise am Gelingen der Wirtschaft interessiert. Wenn in frühkristlichen Zeiten die Unternehmer nicht selten irrig glaubten, durch Schindrud zu gewinnen, so ist dieser Irrtum längst aufgeklärt; jedermann weiß jetzt, daß niedrige Löhne auch geringe Arbeitsleistung bedeuten. Die umgekehrte Einsicht ist noch nicht Allgemeingut; die Bedeutung einer sachkundigen, zielbewussten und energiegelassen Unternehmensleitung ist noch nicht überall bekannt. Das Betriebsratsgesetz acht die Handhaben zu einem auf gegenseitigem Vertrauen aufbauenden Zusammenarbeiten von Arbeiter und Unternehmer; es ist zu hoffen, daß es im Geiste der Arbeitsgemeinschaft und nicht des Kampfes ausgeführt wird.

Aber der äußere Friede? Noch steht die Welt in Waffen gegen uns; zwar nicht solchen des eigentlichen Krieges, aber des Wirtschaftskampfes. Der Versäcker Friede — darüber meinen sich die Stimm auch im Lager unserer Gegner — ist ein Instrument der dauernden Unterdrückung Deutschlands. Die politische Seite dieser Frage ist hier nicht einzugehen; wohl aber sei darauf verwiesen, daß in der Fortsetzung des Wirtschaftskampfes ein innerer Widerspruch liegt. Deutschland soll zahlen und wird sich bemühen, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, soweit es dazu irgend instande ist. In dieser leichten Klausel liegt der Schlüssel der Lage. Wenn ich einen Schuldner habe, so liegt mein Interesse durchaus darin, ihn zahlungsfähig zu machen. Man pfändet einem Handwerker nicht sein Handwerkszeug, sondern verleiht ihn lieber in die Lage, sich noch neu zu anzuschaffen, um arbeiten zu können. Diese Erkenntnis scheint jetzt auch bei unseren Gegnern aufzukommen. Das wirtschaftliche Interesse wird wahrnehmlich das bewirken, was kein Ruf des Gefühls vermocht hätte, nämlich eine allmähliche Befriedigung, ein Zusammenwirken der Völker.

Mit dem Friedensvertrag ist die Errichtung eines Völkerbundes verbunden. Das dieser Bund in der Gestalt, die er im Versäcker Frieden angenommen hat, in keiner Weise den an ihn zu stellenden Forderungen entspricht, bedarf keines Nachweises. Aber es wäre falsch, deshalb den Gedanken eines internationalen Wirtschaftsbundes abzulehnen. Oder sagen wir besser, da das Wort „international“ noch einen Nebeninn hat, einen überstaatlichen Bund, einen Weltbund der Wirtschaft. Anläßlich dazu gab es schon vor dem Kriege; es gab eine ganze Reihe internationaler Kartelle (Petroleumkartell, Schienenkartell, Zafelglasfabrikat usw.), die den Konkurrenzkampf beim Absatz durch Vereinbarung ausschalteten. Eine solche internationale Kartellierung läßt sich bestimmt noch weiter ausdehnen; andere Erzeugnisse freilich wiedererstehen einer derartigen Zusammenfassung, lassen aber anderweitige Vereinbarungen zu. Der gegenwärtige Zusammenbruch der Währung der Mittelmächte, der starke Niedergang der Währung auch der reicheren Staaten Westeuropas, während im gleichen Verhältnis die Kaufkraft der neutralen Länder und Amerikas wuchs, führt zu dem eigenartigen Zusammenreffen, daß beide Teile gleichmäßig an einer Wandering interessiert sind, die einen, damit sie kaufen, die anderen, damit sie verkaufen können. Deutlicher kann sich die Interessensolidarität gar nicht zeigen. Die in Aussicht genommene internationale Währungskonferenz wäre ein Anfang einer solchen Befriedigung weltwirtschaftlicher Art.

Nicht minder wichtig ist ein Ausgleich auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung. Die natürlichen Tatsachen (Verteilung der Bodenschätze, Klima) haben zur Folge, daß einige Staaten über bestimmte Rohstoffe fast monopolistisch verfügen (Kali in Deutschland, Wambolle in den Vereinigten Staaten usw.), während andere daran völligen Mangel leiden. Eine Ausgleichung in dem Sinne, daß die vorhandenen Mengen quotenmäßig den einzelnen Ländern nach Nachfrage ihres Verbrauchs zugewiesen werden, ist vielleicht nach den Erfahrungen des Krieges nicht mehr ganz als Phantasie anzusehen.

Die dritte Aufgabe endlich von gleicher Wichtigkeit ist eine Befriedigung über die

sozialpolitische Gesetzgebung. Das Verdienst der ersten Erkenntnis dieser Notwendigkeit gebührt bekanntlich dem Kaiser, der in dem berühmten Erlasse vom 4. Februar 1890 an den Reichskanzler darlegte, daß die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage der Arbeiter sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Völker wenn nicht überwinden, so doch abschwächen ließen. Von der ersten im März 1890 unter dem Vorbehalt des damaligen preussischen Handelsministers v. Berlepsch, des hochberühmten Förderers der Sozialreform, stattgehabten internationalen Konferenz zur Verständigung über die Arbeiterfragen bis zur Washingtoner Konferenz vom vorigen Herbst führt eine direkte Linie, und dieser Weg ins Land des sozialen Friedens wird noch immer weiter führen.

So sehen wir in all dem Grauen und der Vernichtung unserer Tage doch das Licht einer zukünftigen Hoffnung aufblitzen. Deutschlands wirtschaftliche Zukunft beruht nicht auf irgend welchen politischen Kombinationen; vor Illusionen solcher Art muß auf das Dringlichste gewarnt werden. Sie beruht darauf, daß der Gedanke der Gemeinschaft, des Friedens sich überall verwirklicht. Freilich heißt das nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen können; die Möglichkeiten, die uns eine geistige Neugeburt der Welt geben kann, müssen wir durch härtesten unermüdbaren Fleiß, durch nie ermüdete Arbeit ausnützen. Dann aber dürfen wir hoffen: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott

Wen wählen wir nicht in die Betriebs- und Arbeiterräte?

In Nummer 7 unseres Verbandsorgans d. J. hatten wir einige Richtlinien zur Frage: „Wen wählen wir in die Betriebs- und Arbeiterräte?“ aufgestellt. Als Gegenstück dazu seien heute einige Gedanken über die Frage: „Wen wählen wir nicht in die Betriebs- und Arbeiterräte?“ angeführt. Im Interesse der Arbeiterkraft und der durch das Rätesystem zu erhoffenden Wirkungen liegt es, wenn auch diese Gedanken bei den bedeutungsvollen Wahlen nach Möglichkeit beachtet werden.

1. Wir wählen keine Ratsmitglieder, die auf Grund ihrer allgemeinen Verhältnisse für das Ehrenamt nicht geeignet sind. Leute, die allgemein keinen guten Ruf haben, und ein schlechtes Ansehen besitzen, oder deren Vergangenheit nicht einwandfrei ist, die sollte man zunächst davor beschützen, gewählt zu werden. Denn diesen Kreisen wird es außerordentlich schwer fallen, sich des nötigen Einflusses zu sichern. Zudem zeigt es sich bei den verschiedensten Verhandlungen, daß solche Leute oft schon mit einem Wort oder Blick der Gegenseite Schwermut gefast wurden. Natürlich darf nicht aus Kleinlichen Gesichtspunkten heraus an die Lösung dieser Frage herangegangen werden; noch aber darf deshalb eine besondere Personenschniffel einsehen. Angewendet sollte man nicht alle Ehrenämter immer und immer wieder auf ein und denselben Personenkreis übertragen. Die Ueberlastung mit solchen kann auch bei dem Schicksaligen zu einem Verhängnis werden. Wer schon Gottweil wie viele Posten inne hat, diese nicht preiszugeben kann, der dürfte ebenso ungeeignet zum Ratsmitglied sein, als wie auch der, dem die ganze Sache überhaupt nicht liegt, oder der aus sonstigen persönlichen oder familiären Verhältnissen für das Ehrenamt ungeeignet ist.

2. Wir wählen keine Vertreter, die ihren Beruf nicht kennen, oder die gar im Betrieb zu den Pflichtvergessenen gehören. Dummköpfe oder Prüfer bei der Arbeit, können die Mission als Betriebs- oder Arbeitererrat nicht erfüllen. Neue bessere Arbeitsmethoden werden sie kaum zu Wege bringen. Und wie sollen sie es vermögen, gute Erfahrungen bei der Arbeit auszuklären und allgemein nutzbar zu machen? Und wer seine Pflichten im Betrieb nicht erfüllt, schließlich beim Arbeitsbeginn immer zu spät kommt, viele Wagschichten macht und vergleicht, wie soll der Arbeiterkreise vertreten können? Je nach dem die Verhandlungen beim Arbeitgeber, vorm Schlichtungsamt usw. stehen, dann ist auch solchen Arbeitervertretern schnell das Maß gestrichen. Denn in sehr vielen Fällen beläuben es Arbeitgeber oder Betriebsbeamte an ihnen selbst Beispiele zu konstruieren, um nach bekannter Art zu zeigen: „wie es gemacht wird“. So falsch ja ein solches Beginnen ist, so sicher ist aber auch, daß durch derlei Wähler der Arbeiterfrage nicht

3. Wir wählen keine Maulhelden oder Schwabroneure, noch aber wählen wir Waschlappen in die Betriebsräte. Was hierzu ein sozialdemokratischer Rechner nach dem Verzicht des „Vorwärts“ bei der Annahme des triebkräftegesetzes in der Nationalversammlung sagte, dem wird man nur zustimmen können. Nämlich: „Dieses Gesetz fordert nicht alte Weiber und Maulaufreiter, sondern junge, gewissenhafte Arbeiter, Offiziere, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einsetzen.“ Gewiß ist es ein gutes Mittel, wenn man aus einem ruppigen Saulus einen Paulus haben will, diesen in die verantwortliche Stelle zum „besser machen“ zu wählen. Aber der Sache selbst ist damit kaum gebient, denn der radikale Draufgänger stößt meistens ab, er wird nicht ernst genommen und gibt der Gegenseite die besten Waffen in die Hand. Folgt ihm dann im späteren Streifen die eigenen Waffen um den Kopf, dann tritt in der Regel die Vertreibung ein mit unheilvollen Folgen für die Arbeiterklasse. Manchmal versagt auch selbst der beste Agitator am Verhandlungstisch. Und Leute, die zu allem Ja und Amen sagen, die sich einsetzen lassen, oder die gar wie ein Rohr hin und her schaukeln, keinen festen Boden unter ihre Füße bekommen können, die lasse man ebenfalls aus den Räten heraus. Denn bei dem Widerstand, der vielfach von Arbeitgeberseite gegen das Gesetz an und für sich gezeigt wurde, wird man von Elementen, die ohne weiteres wie ein Taschenmesser zusammenklappen, erst recht nichts anzufangen vermögen.

4. Wir wählen keine Vertreter, die nicht recht denken, sowie nicht nach Recht handeln können, die bestechlich sind oder die gar verbrecherische Absichten im Schilde führen. Die Arbeiterklasse will nur ihr Recht haben und keine Anbelung desselben, weder nach der einen noch nach der anderen Seite. In unserer Bewegung lehnen wir auch die einseitige Arbeiterdikatur ab: wir wollen nur ein Mitbestimmungsrecht und keine Alleinhererschaft. Leute, denen jeder Gemein Sinn fehlt, gehören n. E. nicht in diese Räte. Aber erst recht nicht solche, die sich schließend durch „blaue Lappen“, durch Versprechen auf ein Pförtchen, oder durch sonstige Extravergütungen locken lassen. Bei den unanständigen Verhältnissen mag diese Versuchung besonders groß sein. Wird der einzelne so „gekauft“, dann kann es in der Regel nur auf Kosten der Betriebsräte geschehen. Am gefährlichsten sind jedoch jene unheimlichen Elemente, die den bösen Zusammenbruch unserer Verhältnisse mit bewußter Absicht herbeizuführen versuchen und die deshalb auch nicht davor zurückschrecken, Sabotage am eigenen Betriebe auszuführen. Die Betriebs- und Arbeiterräte dürfen nicht zum stillen Tummelplatz für die waghalsigen Taten eines wirtschaftspolitischen Quacksalbers werden. Denn das ist schon zu hohe und heilige Interessen des werktätigen Volkes auf dem Spiele. Und würde ein Mißbrauch mit dem neuen Arbeiterrecht getrieben, dann wird es nicht nur wieder verkümmern müssen, sondern den weiter zu erstrebenden Arbeiterrechten wäre dann auch ein für allemal ein schwerer Miegel vorgelegt.

5. Wir können keine Vertreter wählen, die vertrauensunwürdig sind und die die richtige Werkerschritte nicht einzuhalten verstehen. Daß das höchste Vertrauen zu den Ratmitgliedern unbedingt erforderlich ist, wurde schon in dem vorhergehenden Artikel erwähnt. Das Ratmitglied muß aber auch die sich gegenseitig Werkerschritte sowohl bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern, als auch namentlich mit der Arbeiterklasse einhalten können. Dabei wollen wir bei Seite keinem Salonier das Wort reden, sondern es geht um das schlichte Arbeiterrecht. Auf die Form kommt es weniger an als auf den Inhalt und insbesondere darauf, daß überhaupt etwas geschieht. Kollegen und Kolleginnen, die nach Durchschnittsart alles für sich behalten, nicht genügend Berichte erstatten, oder die keinen geeigneten Anzeiger zugänglich sind, sich gar auf hohe Maß setzen, die die Versammlungen nicht an die Verhandlungsschriften nicht lesen usw. — mit solchen gewerkschaftlichen Zetteln ausgerüstet, wird ein Rat keine Befriedigung auslösen. Ist aber die rechte Gelassenheit im Verkehr vorhanden, so wird diese auch zu dem notwendigen Vertrauen führen. Wo diese Möglichkeiten nicht vorhanden oder zu erreichen sind, da sollte man bei der Auffstellung der Kandidaten auch von solchen Leuten Abstand nehmen.

6. Wir dürfen unter keinen Umständen Ratmitglieder wählen, die nicht auf gewerkschaftlichem Boden stehen, oder die gar Feinde der Gewerkschaftsbewegung, ihrer Grundsätze und ihrer Bestrebungen sind. Wie sagt doch der Volksmund: „Nur die allerdümmsten Käber wählen ihre Rehger selbst.“ Wer kennt nicht jene schüchternen Bühler, die selbst für die Arbeiterklasse noch nichts getan haben, die aber um so kräftiger am Werke sind, um das geschaffene starke Bollwerk der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsbewegung, wieder niederzureißen. Die „Selben“ von Rechts, Syndikalisten, Sozialisten oder Spartakisten von Links, gehen hier einen Weg, wenn auch mit verschiedenen Zielen. Daß wir solche nicht wählen dürfen, versteht sich am Bande. Im übrigen ist darauf zu achten, daß die Wählenden auf dem Boden der Arbeitgemeinschaft, des Zartgedankens und des gewerblichen Einigungswehens stehen. Namentlich auch insofern, daß kein Streit veranlaßt werden darf, bis der Einigungsinstanzenweg voll beschritten und der Streit auch den sonstigen gewerkschaftlichen Vorschriften entsprechend, gerechtfertigt ist. Die zu wählenden müssen ferner die Duldsamkeit gegen Andersorganisierte garantieren und jeden Terror auf diesem Gebiete nicht nur unterlassen, sondern auch niederbrücken, wo er von anderen Kreisen aus herbeizuführen sollte. Unsere christliche Arbeiterklasse kann ein schwarzes Nachsehen von solch traurigen Sühntaten fingen. Hiermit muß Schluß gemacht werden! Bei den bevorstehenden Wahlen haben wir es wesentlich mit in der Hand, solchen Räubern der Freiheit, des Anstandes und der Duldsamkeit gegenüber einer anderen christlichen Genossenschaft zu begegnen. Darum wählen wir, soweit es möglich ist, keine Vertreter, die nicht unsern christlichen Gewerkschaften zuzurechnen sind. Wir wählen aus unserer Reihen in der Wahl stehen, da haben wir diese nicht nur zu wählen, sondern auch die erforderliche Wahlagitatorien für diese zu betreiben.

Nach dem Beise der beiden Abhandlungen, wen wir wählen und wen wir nicht wählen sollen, werden wohl da und dort Bedenken angestellt werden. Es könnte scheinen, als wenn wir die Anforderungen zu hoch gestellt hätten und die geliebtesten „Ausgewählten“ überhaupt nicht da wären. Die Bedenken sind gegenstandslos. Denn wir werden überall die rechten Leute finden, wenn wir nur gründlich suchen. Ferner

muß der Grundsatz gelten: Von den Vereinen und Guten wählen wie die Vesen; von den Schlechten und Bösen wählen wie die Wesen; und dann, wenn das letzte Dutzend unserer Richtlinien noch nicht erfüllt ist. Mit uns größerer Nachdruck werden dann aber die Gewerkschaften und die hinter ihnen stehenden Wähler sich dafür einsetzen müssen, daß die angeführten Richtlinien und Eigenschaften später noch erfüllt oder wenigstens angestrebt werden.

Aber nicht nur da, wo unsere Mitglieder eine eigene Wahlvorsitzungsstelle ausstellen, ist den Anregungen zu entsprechen, sondern auch dort, wo mit anderen Organisationen eine gemeinsame Wahlhilfe aufgestellt wird. Auch hier sollten alle einseitigen Gewerkschaftler und namentlich unsere Mitglieder sich dafür einsetzen, daß möglichst nur solche Leute gewählt werden, wie sie sie als geeignet angesehen haben. Wenn die Geltung der anderen Organisationen nur halbwegs berücksichtigt ist, dann dürfte eine solche Verständigung auch möglich sein. D. h. nur dort, wo überhaupt ein gemeinsames Vorgehen bei diesen Wahlen zweckmäßig erscheint; notwendig dürfte dieses wohl kaum sein. Ist diese Verständigung jedoch nicht zu erreichen, und bringt die andere Partei Kandidaten, die den Richtlinien der angeführten Grundsätze zuwider sind, so kann man einseitigen Gewerkschaftlern und unsern Mitgliedern nicht zumuten, diese Liste zu wählen. Dann muß selbständig vorgegangen werden. Wir sind dann namentlich der Verantwortung entgehen und können dann auch für die etwaigen Folgen jene verantwortlich machen, die jetzt keiner Vernunft zugänglich sind. So können wir gleich den Wirkungen eines Sanierungsfalles haben und dessen viel Gutes schaffen, um die zu bildenden Betriebs- und Arbeiterräte zu einer weiteren neuen Arbeiterinteressenbewegung zu gestalten, die auch dem Wiederaufbau unserer Verhältnisse das stärkste Mittel sein soll.

Die Betriebsratswahlen

werden zeigen, ob
der gesunde Geist
der Arbeiterschaft im Wirtschaftskreis bestehen soll zum
Besten unserer Arbeiterklasse und der Allgemeinheit, oder ob
Schwabroneure und Phrasen
mit revolutionärem Ansich ihr innervertrautes Zeug durchführen können.
In uns lebt der gesunde Geist!
Sorgen wir, daß er zum Siege kommt. Jeder
christliche Metallarbeiter und jede christliche Metall-
arbeiterin muß wissen, um welche großen Ziele es
sich handelt.

Arbeiten wir!

Der rote Terrorismus am Mittelrhein.

Der U. E. V. Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes führt mit Bestimmtheit sein Programm der revolutionären Bewegung weiter. Nachdem der sozialdemokratische Arbeiterverband nach der Revolution seine Tätigkeit am Mittelrhein und an der Ruhr nicht etwa da angenommen hat, wo viele unorganisierte Arbeiter der gewerkschaftlichen Auffassung und Gehung ihrer wirtschaftlichen Lage bedürftig sind, sondern durch Verdrängung der Führer des christlichen Mittelrheinischen Bundes, Verdrängung der Masse und große Verwirrungen die Verwirrung in die organisierte Arbeiterschaft brachte, und leitete auch manchen Erfolg zeitigen konnte, hat er jetzt allgemein den Anweisungen seines jetzigen Vorstandes entsprechend, den Kampf gegen die gewerkschaftliche Disziplin und gegen deren hauptsächlichsten Vertreter, den Christl. Metallarbeiterverband, aufgenommen. Daß dabei ein planmäßiges Vorgehen zu erwarten ist, und daß auch die freigesetzten Führer am Mittelrhein, trotzdem sie überall betonen, daß sie Parteipolitiker sind, dieses Saiten mitmachen und sogar noch organisieren, aus Feindschaft vor ihrem Zentralverband und einigen Schwestern unter ihren Mitgliedern, wird durch nachfolgende nachfolgende Angaben wohl bewiesen. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst, jeder weitere Kommentar dazu ist überflüssig. Schon seit geraumer Zeit machen sich auf der Konföderation zu Vordorf einige Kriegerdrücker durch besondere Radikalismus auffällig und verdrängen die Mitglieder des Christl. Metallarbeiterverbandes durch alle möglichen Behauptungen zum Hebertritt zu bewegen. Seit 14 Tagen sind diese Behauptungen zum Hebertritt zu bewegen. Am 25. Januar 1920 wurde in der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Vordorf der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes unter Mitwirkung des Geschäftsführers Gewerkschaftssekretär Nowak in Vordorf ein Beschluß gefaßt, die christlich organisierten Arbeiter zum Hebertritt zu zwingen oder ihre Entlassung aus dem Betriebe zu veranlassen. In der folgenden Woche wurden unsere Mitglieder einzeln zum Hebertritt aufgefordert, andernfalls ihre Arbeitskollegen ihnen die Hilfe bei der Arbeit verweigern würden. Am Dienstag, den 2. Februar wurde unser Mitglied Anton Herber der Beschluß erwidert, sofort überzugehen, andernfalls Arbeitsentlassung erfolge. Die Ausschussmitglieder August Rombach und Heinrich Kunt, beide von Vordorf, wurden darauf bei der Direction vordorffig, wurde aber abgelehnt. Am Mittwoch, den 4. Februar wurde unser Mitglied Herber zu Gewerkschaftssekretär Nowak nach Vordorf gerufen. Derselbe erklärte: Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband müßte ihre Interessen vertreten, kann also auch verlangen, daß sie ihre Beiträge nicht in andere Organisationen bezahlen. Trotzdem das nicht der Fall ist, da auch der Christl. Metallarbeiterverband beteiligt ist, wobei allerdings verneint wurde, denselben durch allerhand Manöver anzuschalten, erklärte sich Herber aber bereit, auch dort den Beitrag zu zahlen, aber seinem Verbande freu bleiben zu wollen. — Wie muß diesem Braven zugefügt worden sein, bis er sich zu einem solchen Schritt bewegen konnte. — Als Herber erklärte, daß sie die Christlichen nicht auszuscheiden brauchen und wie es mit der gewerkschaftlichen Freiheit wäre, erklärte der ausführende Bezirksleiter des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes Gerhard von Vordorf: Man müßte eben der Gewalt weichen. Am selben Tage wurde im Betrieb des Herber in der Boterie-Gebäude abgehalten und der Hebertritt des Herber mit 41 gegen 16 Stimmen beschloß, nachdem schon fünf andere Kollegen vorher der Gewalt weichen waren und ihr Buch abgegeben hatten. Herber erbat sich Bedenken bis zum anderen Morgen. Als er am anderen Morgen kam, wurde so lange die Arbeit eingestellt, bis er seinen Hebertritt erklärte unter der Bedingung, daß er kein Mitgliedsbuch mitbringe, sondern auf die Anrechnung der Beiträge verzichte. Er wurde darauf die Arbeit wieder aufgenommen. Als Herber unter Beizug der Gewalt erklärte, er sei sich nach Überlegung über die Lage bereit, seinen Wagnis an den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu zahlen.

Unsere Beamten haben, als sie den Sachverhalt erfahren, am 23. Januar an Gewerkschaftssekretär Nowak ein Schreiben

den geschickt, worin sie über Auffklärung dieser Fälle baten. Es ergab darauf keine Antwort. Am Donnerstag, den 5. d. M. nahm unser Kollege Herber Gelegenheit einer Verhandlung über die Lohnforderungen der Arbeiterklasse der Vordorfer Gewerkschaft vor dem amüßigen Schlichtungsausschuss in Koblentz das Wort und brandmarkte in öffentlicher Sitzung das Verhalten der Beamten, wie der Ausschussmitglieder der Konföderation, die sich freie Gewerkschaftler nennen, als Verstoß gegen die Verfassung und schloß mit dem Hebertritt. Auch darauf faßte sich keiner der anwesenden Freiheits- und Maulhelden frei genug, dagegen Stellung zu nehmen, sondern sie steckten den Vorwurf des Arbeitervereins ruhig ein.

Während der Verhandlungen versuchten die Ausschussmitglieder ihr Verhalten im anderen Sinne darzustellen, haben aber die Unfähigkeit begangen, ihren Terror noch zu bezähmen, also ihn direkt zugeben. Gewerkschaftssekretär Müller vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, Geschäftsführer Nowak, sagte dabei, das wäre erlaubte Agitation. Also wohl aufgemerkt: Nach der Moral des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der sich als Schlichter für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fahlt, ist also die Verdrängung, Freiheitsberaubung, Vergewaltigung anderer Meinungen, sowie Verfolgung von Arbeitskollegen erlaubte Agitation.

Als Antwort auf obige Klage erfolgte dann der oben bezeichnete Fall Herber. Wir nahmen darauf Veranlassung, die Angelegenheit nunmehr in die Öffentlichkeit zu bringen und den heimlich eingeschobenen Kampf aufzunehmen.

Als erstes machten wir die Unternehmer darauf aufmerksam, daß Nachlässigkeit gegenüber diesen radikalen Elementen sofort den Kampf unsererseits auf der ganzen Linie bedeuten würde.

Als zweites richteten wir einen offenen Brief an den Gewerkschaftssekretär Nowak von Vordorf, den wir an alle Zeitungen des Bezirks einließen. Wir lassen denselben im Wortlaut folgen zur allgemeinen Beurteilung, da verschiedene Zeitungen ihn nicht aufgenommen haben.

Offener Brief
an den Gewerkschaftssekretär Nowak, Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Vordorf des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Vordorf.

Wir haben in einem Schreiben vom 23. Januar 1920 Dich aufmerksam gemacht, daß Mitglieder Deines Verbandes gegen unsere Mitglieder auf der Konföderation zu Vordorf Terrorismus verüben, um sie zum Hebertritt in Deinen Verband zu zwingen. Du bist die Antwort darauf bis jetzt noch schuldig geblieben. Bisher hat der Unternehmer in öffentlicher Sitzung des Schlichtungsausschusses zu Koblentz am 5. Februar denselben Fall zur Sprache gebracht und die Arbeiter und Mitglieder des Arbeitervereins, die dies Vorgehen verurteilt haben oder dulden, als Verräter an der guten Sache der Arbeiterklasse gebrandmarkt. Auch da hast Du und Deine Leute durch stillschweigendes Verhalten Sachverhalt zugegeben, ja während der Pause haben die Mitglieder des Arbeitervereins in Deiner Gegenwart die des Buchstellers und Strauchritters noch zu rechtserklären gesucht. Als wirkliche Antwort erging darauf neue Gewalttatigkeiten gegen unsere Mitglieder, der Konföderation, Hermann J. W. Lutz aufgeführt, heute abends bei Beginn der Arbeit sein Mitgliedsbuch abzugeben, andernfalls er mit Gewalt noch in den Betrieb zu gehen, seine Arbeit aufzunehmen, einige Mitglieder unseres Verbandes haben, wie es scheint, der Gewalt nachgegeben und sind der Aufrufung, ihre Mitgliedsbücher abzugeben, nachgegeben. Ich fordere Dich hiermit öffentlich auf, diese Bücher innerhalb 24 Stunden an uns zurückzugeben, andernfalls ihre Abwesenheit als Verletzung der persönlichen Freiheit und Hausfriedensbruch erfolgt. Auf das Geröhl und die Überzeugungsstreue dieser Leute, die alle Achtung verdient im Gegensatz zu den „Freien“ Maulhelden, die während des Krieges vorgesprochen haben, vor den Unternehmern zu kriechen und statt mit den christlichen Gewerkschaftlern hier am Mittelrhein den Kampf um Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen, hinunterzuwerfen, erübrigt sich, da für Dich und Deine Leute, wie es scheint, derartige Tugenden nicht bestehen, jedenfalls nicht ab von Eurem Gesichtsfeld stehen. Ich erkläre alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der Konföderation in Vordorf, solange als Strauchritter und Wegelagerer, als sie weiter diesen Bruch der neuen deutschen Verfassung unerklärt über dulden. Es wäre eine Schande für die Arbeiterklasse der Konföderation, wenn sie dieses Treiben, das sie in der weit großen Hebertritt nicht billigt, weiter dulden würde. Wo bleibt die Gerechtigkeit, wo die Freiheit und wo das Recht, das wir Tag für Tag von den Unternehmern fordern.

Neuwied, den 6. Februar 1920.
Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschlands.
Mittelrhein- und Lahnbestr.
J. A. L. Koser,
Geschäftsführer, Neuwied, Bergstraße 13.

Wir haben hiermit den Kampf aufgenommen und dem hinterlistigen Gegner zu einer Erklärung gezwungen. Die wahrhaft christlich-nationalistische Metallarbeiterklasse des Mittelrheins und des Saargebietes möge aus obigen Vorlesungen die notwendige Anwendung ziehen.

Sind die Arbeiter schuld?

Gegen die Arbeiterklasse, die Angefallenen und Beamten, aberhaupt gegen alle Arbeiternehmer hat sich im Laufe des letzten Jahres, seit den Revolutionstagen, eine starke Mißgunst entwickelt, die sich bei den vorher herrschenden Klassen bis zum Ende und zur Feindseligkeit gesteigert hat. Die Ursache dieser Erscheinung liegt auf der Hand: Die Arbeiterklasse hat nach jahrelangen Bemühungen gegenüber den herrschenden Schichten die Gleichberechtigung im Staat und Wirtschaft errungen und sie in ihren Vorrechten matt gesetzt.

Das allein hätte aber nicht so allgemein verurteilt, wenn nicht bei der gewaltigen Rechtsanweisung vielen Einzelnen Entschloßen wäre und Beamten und Ehrenstellen von Beamten in Besitz genommen wären, die ein Amt nicht auszufüllen wissen und ihm nicht gewachsen sind. Die Sozialdemokratie hat ihre Anhänger nicht zu erziehen, daß sie durchwegs für die Verwirklichung des Staatswehens geeignet wären. Die Erziehung und Bildung der Massen wurde von der Seite des Sozialismus vernachlässigt und statt zu bilden, hat die Sozialdemokratie das Gegenteil und das Volk mit Phrasen gefüllt; so sind Führer und Massen einfach unwillig an die Herrschaft gekommen und haben vieles von dem noch ungewaschen und verdrückt, was Krieg und Revolution noch stehen gelassen hätte. (Schluß)

der Schwerindustrie beträgt die Zulage ab 15. Januar 1920 für alle Arbeitnehmer:

Table with 2 columns: Age group (e.g., über 20 Jahre, von 18-20 Jahren) and Wage rate (e.g., 1,20 M. pro Stunde, 0,70 M. pro Stunde).

Das Kindergeld wurde auf 70 Pf. je Kind und Tag erhöht. In der Maschinenindustrie beträgt die Zulage:

Table with 2 columns: Age group (e.g., über 21 Jahren, von 18-21 Jahren) and Wage rate (e.g., 0,60 M., 7,00 M. d. achtl. Schicht).

Das Kindergeld beträgt bei 1 Kind 50 Pf., bei 2 Kindern 50+60 = 1,10 M., bei 3 Kindern 50+60+70 = 1,80 M. usw. pro Schicht.

Bei der Firma Dr. Otto in Dahnhausen beträgt die Zulage für die männlichen Arbeitnehmer:

Table with 2 columns: Age group (e.g., über 21 Jahren, von 18-21 Jahren) and Wage rate (e.g., 0,75 M., 1,25 M. die Stunde).

Auch mit den Kleinwerkmeistern ist am 1. Februar eine Lohnvereinbarung abgeschlossen worden.

Gehältern über 21 Jahre 3,50 Mark Stundenlohn, von 19-21 Jahren 3,25 Mark Stundenlohn, von 18-19 Jahren 2,75 Mark, von 17-18 Jahren 2,50 Mark Stundenlohn.

Sternach erstattete die Kommission Bericht. Dem Antrag derselben einstimmig wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt.

In Bezug auf anderweitige Regelung der Beitragsfrage, woran sich sämtliche Kollegen einig, daß unsere Beiträge gekürzt werden muß.

Nattowitz. Nach den Vereinbarungsbedingungen, die zwischen den leitenden Funktionären christlicher Gewerkschaftsbewegung und dem Verband der kath. Arbeitervereine...

Die wir an die Verschmelzung kundigen, sich erfüllen. Bei eintätigen und planmäßigen Zusammenarbeiten muß es uns in Würde gelingen...

Wahlverfahren. In der gut besetzten Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes erlosch nach einigen bewegenden Worten des Vorsitzenden Koll. Trompeter...

Göppingen. Vor kurzem hielt die Verwaltungskollegium Göppingen ihre außerordentliche Generalversammlung ab. Vorsitzender Seerer begrüßte die anwesenden mit kurzen herzlich Worten.

Aus der Jugendbewegung

Richtlinien für Lehrlinge. Siegen. Eine Streikfrage von weittragender Bedeutung wurde dieser Tage vor dem hiesigen Schlichtungsausschuss...

Wissen sich vollständig. Wir drängen daher die Streikfrage vor den hiesigen Schlichtungsausschuss und beantragen Entscheidung darüber...

Versammlungskalender.

- Samstag, den 6. März 1920: Dortmund (Elektronentechnik) 8 Uhr im goldenen Löwen. 1. Kampfrunde.

Sonntag, den 7. März 1920:

- Dortmund-Hornbruch. 11 Uhr bei Tade. Dortmund-Brackel. 10 Uhr bei Kalkhoff. Dortmund-Süd. 10 Uhr bei Kroll, Finkenlag.

Montag, den 8. März 1920:

- Darmen. Große Versammlung für Arbeiterinnen sämtlicher Berufe im Friedensheim, Althofweg 41.

Mittwoch, den 10. März 1920:

- Dortmund-Dorffeld. 2,30 Uhr bei Dörmelmann, Vertrauensmänner. Duisburg-Merfeld. 6 Uhr bei Kleine-Matland.

Donnerstag, den 11. März 1920:

- Dortmund. 6 Uhr allgem. Vertrauensmännerversammlung im goldenen Löwen. Essen-Katernberg. 6 Uhr bei Grepper.

Freitag, den 12. März 1920:

- Essen-Stoppenberg. 7 Uhr bei Kistnermann. Essen-Werden. 7 Uhr Jugendversammlung bei Saß, Bornstr.

In dem Artikel in Nr. 8: „Von der Wasserlante“ Nest 1920, Seite 2, statt: 70 Pf. — 30 Pf.

„Das Gewinde“ Fin unentbehrliches Handbuch f. Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Radersätze für rund 7750 Gewinde.

Kartellsekretär. Für das Bezirkskartell Bonn der christlichen Gewerkschaften wird als Kartellsekretär zum baldigen Eintritt gesucht.

Kartellsekretär gesucht. Das Bezirkskartell Düren, umfassend die Kreise Düren, Jülich und einen Teil des Kreises Bergheim, sucht zum 1. April einen Kartellsekretär.